

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung auswärts für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Streifenband 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern des Postzeitungsblatts für 1919 eingetrag. — Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19111. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interests sollen die achtzehnjährigen, unverheirateten oder deren Mann 1,20 M., Wastungszinsen das letztgenannte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leerzeilenpreis 30 Pf. Familien- und Vereinstarifen gelten nicht. Der Zuschlag für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9708

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verschärfung des Eisenbahnerstreiks.

Die Bewegung in Frankfurt a. M.

Ausdehnung auf Hannover, Cassel und Erfurt?

Frankfurt am Main, 3. Juli.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Der Streik der Frankfurter Eisenbahner hat durch die Einbeziehung der anderen Stationen des Direktionsbezirks in die Bewegung eine wesentliche Verschärfung erfahren, die sich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet immer mehr bemerkbar macht. Vom Freitag an wird der Eisenbahnverkehr vollständig eingestellt.

In den Kreisen der Streikleitung nimmt man an, daß sich auch die Bezirke Hannover, Cassel und Erfurt der Bewegung anschließen werden. — Die Bewegung ist, von belanglosen Zwischenfällen abgesehen, bis jetzt ruhig verlaufen.

Der Eisenbahnverkehr nach Frankfurt (Main) gestört.

Infolge des Streiks im Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt (Main) ist der Zugverkehr zwischen Berlin und Frankfurt unterbrochen. Der Schnellzug, der gestern abend um 7,25 von Frankfurt (Main) in Berlin eintrafen sollte, ist nur zwischen Erfurt und Berlin gefahren worden. Der Personenzug, der heute morgen auf dem Westbalt. Bahnhof um 6,00 ankommen sollte, traf mit einiger Verspätung ein und kam nur von Hannover. Der Schnellzug, der um 9,15 vorm. eintreffen sollte, kam mit 2 1/2 Stunden Verspätung in Berlin an. Den Reisenden kann bis jetzt noch keine genaue Auskunft gegeben werden, bis wieweit diezüge auf der Strecke Berlin-Frankfurt (Main) beschränkt werden, da die Streikenden in Frankfurt (Main) eine Auskunft hierüber verweigern.

Streik an der Main-Neckar-Bahn.

Heidelberg, 4. Juli.

Die Beamten und Arbeiter der Main-Neckar-Bahn sind heute früh in den Ausstand eingetreten.

Der Friedensvertrag im Unterhaus.

Lloyd George über die Bedingungen.

Amsterdam, 4. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet aus London über die Unterhausdebatte vom 3.: Ein nicht gebräugtes Haus brachte Lloyd George eine Ovation. Lloyd George verteidigte die Bestimmungen des Friedensvertrages und betonte Deutschlands Schuld. Der Friedensvertrag bezwecke, Deutschland zu zwingen, so weit wie möglich wiederherzustellen, zu ersetzen, und wiederzugutmachen und ein Beispiel an Deutschland zu setzen, das ehrgelagte Herrscher und Politiker davon abhalte, eine solche Niedertracht zu wiederholen. Ueber die Frage Frankreichs sprechend betonte Lloyd George die Notwendigkeit, es gegen unbedingte Angriffe sich zu verteidigen. Er sagte, wenn der Völkerverbund einen Krieg verhindern, so wäre der Bund damit geschwächt. Lloyd George verteidigte den einstweiligen Ausschluß Deutschlands aus dem Völkerverbund. Wenn Deutschland zögere, daß es durch das Feuer des Krieges gelähmt sei und einsehe, daß seine Politik in den letzten 150 Jahren ein schwerer Fehler gewesen sei, dann sei es ein geeignetes Mitglied des Völkerverbundes. Lloyd George behandelte ausführlich das Mandatverbot und das Arbeitsabkommen. Er betonte die Rolle, die das britische Reich im Kriege gespielt hat, in dem es 7 700 000 Mann für die alliierten Streitkräfte stellte und 3 Millionen Verluste hatte. Ohne das britische Reich würde der Krieg nach 6 Monaten zusammengebrochen sein. Die Rolle Großbritanniens sei ein großartiges Beispiel, was ein großes Volk, das einzig und von einem gemeinsamen Ziel befehle sei, erreichen könne. Lloyd George appellierte an die politische Einigkeit und an die Fortdauer des patriotischen Geistes, der allein den Krieg gewonnen habe und allein zum wahren ruhmreichen Triumph führe. (Lauter Beifall.)

Nach einer Meldung des Telegraf aus London sagt Lloyd George in seiner gestrigen Rede, die Bedingungen seien zwar sehr schwer, aber auch die Sünden, für die gebührt werden müßte, seien groß. Er freute sich darüber, daß Gelegenheit gegeben sei, Polen und Elb-Länder zurückzugeben wieder herzustellen. Deutschland könne nur auf drei Arten behandelt werden, die erste sei die, ihn zu sagen: ihr habt einen mitleidigen Versuch unternommen, geht hin und kündigt nicht mehr. Dies sei eine Entwertung für den Krieg.

Die zweite Art sei die, Deutschland in Sünde zu setzen, wie man früher Polen auseinanderriß und einen Teil zu dem einen Land, einen Teil zu einem anderen und wiederum einen Teil zu einem dritten Land zu fügte. Die Teilung Polens sei der etwas schlimmeren gewesen als ein Verbrechen, nämlich „ein Fehler“. Wir haben diese Lehre beherzigt und ich bin froh, daß wir unsere Hände nicht damit beschmutzt haben, Preußen preußisch zu behandeln. Die dritte Methode sei die der Gerechtigkeit. Man dürfe die Deutschen nicht als die Opfer einer Regierung betrachten, die sie unterstützt und laut gepriesen haben würden, wenn sie gestützt hätte. Wenn Deutschland die ganzen Kriegskosten aufgelegt worden wären, so wäre das vollständig gerecht gewesen. Trotzdem hätten die Alliierten beschlossen, Deutschland nur noch seinem Vermögen zahlen zu lassen. Der Vertrag zwingt Deutschland, so viel wie möglich wieder herzustellen und wieder aufzubauen; er werde ehrgelagte Herrscher und ehrgelagte Völker davon abschrecken, eine solche Schandtat zu wiederholen. Zum Schluß forderte Lloyd George dazu auf, nicht über den eigenen Interessen die allgemeinen aus dem Auge zu verlieren und gemeinsam wieder herzustellen, was vernichtet sei, um eine bessere und sichere Welt aufzubauen.

Die Arbeiterpartei und die Ratifikation des Vertrags.

Amsterdam, 3. Juli.

„Daily Herald“ schreibt zu der Frage, wie die Arbeiterpartei des englischen Unterhauses sich gegenüber der Ratifikation des Friedensvertrages verhalten muß: Wir rufen dringend, daß der Leiter der Partei den Vertrag ablehnt und daß alle Abgeordneten der Arbeiterpartei den Saal verlassen. Das wird ein würdevoller, würdiger und dramatischer Protest sein. Es wird ein deutlicher Beweis sein, daß sich die Arbeiter von diesem Frieden abwenden. Wenn der Satz bleibt, so bedeutet er in Zukunft für die Arbeiter Sorge und Verluste und keiner der jetzt noch nicht Geborenen wird es jemals den Arbeitern dieser Generation verborgen, daß sie einen Vertrag unterschrieben haben, der neue Kriege verursacht hat. Das unvermeidliche Gegenüber-Vertrags-Stimmen bedeutet an sich nichts. Der Vertrag ist über unsere Köpfe und über den Kopf des Parlaments weg unterschrieben worden.

Unruhe auf der Tribüne.

London, 3. Juli (Reuters).

Adamsen behielt sich im Namen der Arbeiterpartei eine eingehende Kritik des Friedensvertrages bis zur zweiten Lesung vor. Er sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk jetzt, wo der Friede unterzeichnet sei, einsehen werde, daß die einzige Aussicht für eine friedliche und geordnete Weiterentwicklung darin bestehe, daß es versuche, die Friedensbedingungen auszuführen. Er hofft, daß Deutschland, wenn es so handle, seine Aufgabe leicht gemacht werden würde, und daß man es mit größtmöglicher Sympathie behandeln würde.

Garson soll den Dichtern, die Lloyd George der Sache der Alliierten geleistet habe, warme Anerkennung. Die Geschichte werde ihn als einen Mann beurteilen, der mehr als irgendein anderer getan habe, um die Freiheiten der Welt zu bewahren.

Auf der Tribüne kam es während der darauf folgenden unruhigen Debatte zu Tumulten. Zwei Frauen protestierten gegen die Entsendung von Soldaten nach Rußland, und zwei Männer gerieten in Streit, der in eine Schlägerei ausartete. Die Tribüne wurde daraufhin geräumt.

Nach der Rede Lloyd Georges erklärte sich das Haus einstimmig mit der Einbringung der beiden Gesetzentwürfe einverstanden, die den Friedensvertrag und das englisch-französische Übereinkommen, in dem gegen einen nicht herausgeforderten Angriff auf Frankreich Vorkehrungen getroffen sind, zum Gegenstand habe.

Die Franzosen werden gegen die Ratifikation stimmen.

Der „Temps“ berichtete am 1. Juli über einen einstimmigen Beschluß der sozialistischen Partei im Bezirk des Seine-Departements, nach dem die sozialistischen Abgeordneten dieses Bezirkes in der Kammer gegen die Ratifikation der Friedensbedingungen stimmen werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß jeder Abgeordnete, der gegen diesen Beschluß handeln würde, aus der Bezirksvereinigung ausgeschlossen werden sollte. Der „Temps“ spricht die wahrscheinlich zutreffende Vermutung aus, daß die gesamte sozialistische Kammergruppe diesem Beschlusse des einflussreichen Seine-Departements folgen und gegen die Ratifikation stimmen werden.

Dem Untergange zu.

In dem Leitartikel der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ beschäftigt sich Hermann Wäger unter der Überschrift „Die Totengräber unserer Volkswirtschaft“ mit dem Skandal, daß jetzt fortgesetzt aus Frankreich wie aus England über das Gebiet Wirtschaftskrisis ungeheure Mengen von Waren eingeführt werden, die vor allem für die wohlhabende Bevölkerung in Betracht kommen. Milliardenweise wandere dafür die Mark ins Ausland, wo sie die Balance drücke und die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen erschwere und verteuere. Dann bewillige man monatlich 300 Millionen Mark, um dem Volke die Folgen dieses landesverräterischen Treibens einer kleinen Anzahl krupelloser Geschäftsmänner weniger fühlbar zu machen. Wäger fragt, wie lange dieser Wahnsinn noch fortwähren solle und sagt dann:

Die Lebensmittelunruhen und Plünderungen der letzten Zeit, die man glaubt im Bürgerkrieg ähnlich zu sehen, haben in diesen wirtschaftlichen Verhältnissen ihren ersten Hintergrund. Wenn der Beschloß mit Hungerigen Wägen vor den Auslagen der Lebensmittelgeschäfte steht und sieht, wie die teuren Sachen von den gutgenährten Angehörigen des wohlhabenden Bürgeriums gekauft werden, denen man auf 1000 Schritt ansieht, daß sie wohl noch nie in ihrem Leben produktive Arbeit geleistet haben — wenn in den Kaufhäusern Anzüge, Kleider und Schuhe zu phantastischen Preisen ausliegen und der kleine Mann daran denken muß, daß seine Frau und seine Kinder kein Geld auf dem Kasse haben, dann geht eine Übersäuerung sonderbar dazu, daß rasche Anwachsens besessenen der „unsterblichen Elemente“ auf des Rants der Tribüne der Kommunisten usw. zu sehen. Nicht dieser Anschauungsunterricht überzeugt das Volk von der Untragbarkeit unserer wirtschaftlichen und politischen Zustände mehr als 1000 „Redeblätter“ und „Vorträge“!

Wäger führt weiter aus, daß ungeheure Bestände von Reichs- und Heeresgut in den Schließhandel gekommen seien, daß es der Regierung nicht gelungen sei, dieser schmachvollen Zustände Herr zu werden. Wir befinden uns noch immer in der missigen Krankstube der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und sehen uns vergeblich nach der frischen Luft und dem Licht des Sozialismus. Wäger fährt fort:

Unter aus dem wahlmännischen Klassenpaar resultiert in die deutsche „sozialistische“ Republik hinübergerichtetes „Recht“ ist eine einzige Heiligensprechung des Privatigentums. Dem Gemeinwohl wird nur ganz verächtlich eine enghörige Einschränkung eingeräumt.

Wäger verlangt weiter, daß ungesäumt zu einer radikalen Beschlagnahme aller für das höchste Gebot eingeführten Waren geschritten werde und diese Waren für den Zweck des Staates zu angemessenen Preisen verkauft werden. Dem Käufer der Waren müsse die Rückweisungs-pflicht auferlegt, die Ausschüttung sollte ständig und ausreichend polizeilich kontrolliert werden. Die dazu notwendigen Beamten würde man bekommen, wenn man sie besser entlohne. Eine ganze Anzahl von Kriminalbeamten würde frei werden, wenn man endlich einmal das Institut der politischen Polizei aufheben würde. Es sei ein Anfang, wenn Minister — auch sozialistische — überwacht werden. Es müsse ernstlich und sofort dieser Anarchie auf den Leib geritten werden, sonst treiben wir rechtunglos dem Untergang zu.

Wäger behauptet also das, was wir immer und immer wieder gesagt haben. Noch immer bestimmen ausschließlich die kapitalistischen Interessen die Geschicke des deutschen Volkes nach außen wie im Innern. Wir sind jetzt so weit, wie Wäger in aller Deutlichkeit feststellt, daß sogar rechtssozialistische Minister von der politischen Polizei überwacht werden. Will man noch daran zweifeln, daß diese Regierung nichts anderes ist, als ein Werkzeug der Gegenrevolution, die nur auf den günstigen Augenblick wartet, um ihre Handlanger Geiseln zu fassen und selbst wieder die Pfäde in die Hand zu nehmen?

Die Ausführungen Wägers bedeuten aber noch eine neue Ohrfeige für den „Vorwärts“. Dieses Blatt wird nicht müde, die Lebensmittelunruhen und die Streikbewegungen als eine Folge der Verbeugung der Arbeiter durch Kommunisten und Unabhängige Sozialdemokraten hinzustellen. Sogar in derselben Nummer, in der sich der „Vorwärts“ von dem Leitartikel solche bittere Wahrheiten sagen läßt, brinnt das Blatt eine Spalte weiter eine Synne über

Die Beendigung des Berliner Arbeiterstreiks, in der noch einmal die Klage wiederholt wird, daß der Streik von „politischen Drahtziehern“ heraufbeschworen worden sei.

Eine Oberflächlichkeit sondergleichen nennt Hermann Wäger die Art, wie die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse die Ursachen der Erregung der Bevölkerung schildert. Dieses Urteil ist sehr gelinde. Was werden aber die Leser des „Vorwärts“ zu diesem Urteil über ihr Blatt sagen, werden sie länger an dieser Oberflächlichkeit teilhaben und sich zum Mitschuldigen daran machen, daß auf diese Weise dem Sozialismus das Grab gegraben und dem Kapitalismus die Tore weit geöffnet werden?

Wie eine „freie Erfindung“ zustande kommt.

Die „Neue Berliner Zeitung“ schreibt: „Wir haben gestern die Meldung veröffentlicht, daß in Berlin Truppenzusammenziehungen stattgefunden hätten. Diese Meldung wird von zuständigen Stellen als „freie Erfindung“ bezeichnet. Demgegenüber stellen wir fest: Die Nachricht über Berliner Truppenzusammenziehungen ist einem unserer Berichterstatter von Hauptmann Wabst von der Garde-Schützen-Division gemacht worden. Wir hatten angesichts dieses Gewährsmannes selbstverständlich keinen Anlaß, an den und autell gewordenen Angaben zu zweifeln. Dient also eine freie Erfindung vor, so kann sie unmöglich von der „Neuen Berliner Zeitung“ ausgingen sein, die überdies nur die Tendenz verfolgt, objektiv die Wahrheit zu berichten.“

So ist wiederum eine der zahlreichen amtlichen Lügen enthüllt, die tagtäglich losgelassen werden. Es kann wohl noch dieser Feststellung der „Neuen Berliner Zeitung“ kein Zweifel mehr unterliegen, daß Hauptmann Wabst diese Mitteilung gemacht hat. Zu welchem Zweck, ist wohl deutlich. Trotzdem wurde, als wir dieser Meldung zu der ihr gebührenden Beachtung verhalfen, ein Dementi losgelassen.

Uns wundert ein derartiges Verhalten nicht. Wir beobachten es seit Wochen. Deshalb wollen wir bei dieser Gelegenheit deutlich aussprechen, daß bereits wiederholt amtliche Stellen Meldungen in die Welt gesetzt haben, um sie dann, wenn die „Freiheit“ sie veröffentlichte, als „Lügenmeldungen“ zu bezeichnen. So weit haben es die amtlichen Nachrichtenstellen gebracht.

Was wird die „rechtmäßige“ Regierung tun?

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe eine „Erklärung des konservativen Parteivorstandes“, in der gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages protestiert wird und in althergebrachtem Befehl der Revolution die Schuld an dem Unglück dieses Friedens zugeschoben wird. In dieser Erklärung findet sich sodann folgender bemerkenswerter Absatz:

Dieser Resolutionregierung, die uns um alles gebracht hat, sagen wir den Kampf an. Wir streben nach einer Wiederherstellung der Monarchie unter dem Diktator der Hohenzollern, die uns Ansehen, Wohlfahrt, Freiheit und Kultur zu verschaffen vermochte, gegenüber der jämmerlichen einer Gegenwart der Armut, des Elends und der Verachtung, wie sie die Demokratie und die Massenherrenschaft gebracht haben.

Ein merkwürdiges Zusammenreffen! Bestern veröffentlichte die Staatsanwaltschaft die Gründe für die Verhaftung und für die Anklage gegen den Bankbeamtenführer Emonts, und zwar seien sie deshalb erfolgt, weil Emonts für den Sturz der Regierung tätig gewesen sei. Uns dünkt, daß unerblicklich, als es in obiger Erklärung des konservativen Parteivorstandes geheißen ist, der Kampf zum Sturz der Regierung gar nicht angeündigt werden kann. Oder sieht sich die rechtssozialistische Regierung nur als Plahhalterin für die Dynastie Hohenzollern an?

Wenn jene Tätigkeit Emonts den Tatbestand einer strafbaren Handlung enthält, dann mindestens ebenso das Unterfangen des konservativen Parteivorstandes. Wir sind ge-

spannt, wann gegen die Unterzeichner jener Erklärung, die Herren von Seydebrandt und Graf Westarp ein Verhaftungsbefehl erlassen wird.

Willkürliche Verhaftungen.

Wir haben mitgeteilt, daß am 24. Juni die frühere Sekretärin der Genossin Rosa Luxemburg, Mathilde Jacob, verhaftet worden ist. Es stellt sich heraus, daß diese Verhaftung erfolgt ist, bevor überhaupt noch irgendein Schriftstück vorhanden war, das auch nur den Schein einer gesetzlichen Grundlage erwecken konnte. Erst zwei Tage nach der Verhaftung, am 26. Juni, ist der nachfolgende Schubhaftbefehl ausgearbeitet worden:

Rechtswehrgruppenkommando I (Abteilung Büttow).

Berlin, den 26. Juni 1919.

Schubhaftbefehl.

Gegen die Schreibmaschinistin Mathilde Jacob wird hiermit auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Dezember 1918 in Verbindung mit dem Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 3. März 1919 Schubhaftbefehl erlassen.

Mathilde Jacob betätigt sich im Sinne der kommunistischen Partei. Nach ihrer eigenen Angabe war sie eng befreundet mit Frau Dr. Luxemburg und hat sie bei ihrer umfänglichen Tätigkeit unterstützt. Ihre Tätigkeit richtet sich mithin auf die gewaltsame Beseitigung der rechtmäßigen Regierung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen inneren und äußeren politischen Lage ist ihre Tätigkeit als die Sicherheit des Reiches gefährdend anzusehen.

Ueber die Verhaftung steht der Verhafteten jederzeit das Rechtsmittel der Beschwerde an das Reichsmilitärgericht zu.

gez. Roske,
für die Richtigkeit
Reinburg,
Rittmeister.

Wir stellen fest, daß der Inhalt dieses Befehls sich auf einer Lüge aufbaut. Frau Jacob hat kein Wort davon gesagt, daß sie Genossin Luxemburg bei ihrer umfänglichen Tätigkeit unterstützt habe. Die Schlussfolgerungen aus diesen verlogenen Behauptungen machen zwar einem Polizeispitzel alle Ehre, müssen aber eine Scham für jemanden sein, der sich Sozialdemokrat nennt.

Am 24. Juni ist auch das Mitglied des Postarbeiterrotts von Niederbarnim, Grosche, anscheinend wegen Widerstands gegen die Organisation von Einwohnern in der Provinz verhaftet worden. Auch diese Verhaftung entspringt der reinen Willkür, auch sie ist gesehwunden. Grosche ist Volkskommissar beim Landratsamt in Niederbarnim. Er hat pflichtgemäß seine amtliche Tätigkeit ausübt und ist auf Grund dessen verhaftet worden.

Wir verlangen, daß diese Verhaftungen schnellst wieder aufgehoben werden!

Das Verfahren gegen Wilhelm.

Amsterdam, 4. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet aus London vom 3.: Es verlautet, daß die an Holland zu richtende, die Auslieferung des ehemaligen Deutschen Kaisers betreffende Note von 23 oder 25 Mächten unterzeichnet sein wird. — In den Verhandlungen des britischen Parlaments verlautet, daß das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Deutschen Kaiser von dem Ausschuss geregelt wird, den die Alliierten zur Durchführung der Friedensbedingungen errichteten. Der Gerichtshof wird aus fünf Richtern bestehen, die von den fünf alliierten Großmächten dazu erwählt sind. Man hofft, daß die Gerichtsverhandlung im Herbst stattfinden wird, und erwartet zuversichtlich, daß der Kaiser zugegen sein wird, da seine Auslieferung von sämtlichen alliierten und assoziierten Mächten gefordert werden wird.

London, 3. Juli. (Reuter.)

Lord George teilte im Unterhaus mit, daß der Gerichtshof zur Beurteilung des Kaisers seinen Sitz in London haben werde.

nicht von fernher denken. Röge Vater seine Bestimmungslässigkeit im Leben der Gegenwart besser wachen lassen.

Auf der Bühne des Wallnertheaters, unter der Sommerdirektion Rothmund fand er gestern sehr wirkungsvolle Unternehmung. Einzigartig fehlte jedes Schmierentpatos, zu dem manche Rolle leicht verführen könnte. Der alternde, selbstbeherrschte Massenführer des Herrn Eugen Klöpfer war eine (am Wasser-mann erinnernde) stark verinnerlichte Figur, der man die verhaltene Leidenschaft glaubte. Neben ihm wirkte Rosa Klaus als seine Frau schlicht und sympathisch. Als lebensgroßes Räbel aus dem Volke wirkte Rose Steuermann voller Frische. Als sie im Handgemenge mit Polizeispitzel fallender Bräutigam, fand Robert Wäscher den richtigen Ton zwischen Verleumdung und für die Idee begeisterten Deutscherartum. Auch die Herren Schiefer, Schweikart, Hermann, Kaufmann und die anderen Polizeiarbeiter trugen zu dem lauten bühnenmäßigen Erfolge bei.

Erich Baron.

Eine komische Oper auf Grundlage der Götischen Dichtung „Schwarzschiller“, frei umgearbeitet, hat Edgar Huel geschaffen. Das Werk wird unter dem Titel „Maienländer“ in der nächsten Spielzeit zur Aufführung gelangen.

An alle freischaffenden und angestellten Künstler und Kunstgewerbetler in Handwerk, Gewerbe, Industrie, Anstalten usw. für die nicht bereits Fachorganisationen beitreten und soweit sie in den Arbeiterorganisationen oder Künstler-Vereinigungen eine Vertretung ihrer Interessen nicht finden können, wendet sich ein sozialistisches gerichtliches Komitee zur Schaffung eines Bundes der Kunstgewerbetler Deutschlands. Die Organisation steht auf dem Boden der Arbeitersolidarität und erzieht Vertretung in den Arbeiterparlamenten. Kunstgenossen, die sich zu freibüchlichen Idealen bekennen, ob freischaffend oder angestellt, ob männlich oder weiblich, wollen ihre Bereitwilligkeit, sich anzuschließen, mitteilen Herrn Delegationsleiter Oskar Büttel, Berlin-Neußeln, Neustraße 24.

Dr. Hermann Beck. Sozialisierung als organisatorische Aufgabe. 38 S. Preis 3 M. Verlag Neues Vaterland (G. Berger u. Co.), Berlin S. 92.

Karl Betzer. Der Zusammenbruch der Weltkraft. Lubendorf ist Schuld! Die Anklage der Helgenauen. 14 S. 30 Pf. Verlag für Volkshausbildung Koch u. Jürgens, Berlin C., Burgstr. 29.

Dr. Gajster (Rechtsanwalt, S. U. D.). Proletariat Deutschlands, vereinigt Euch! Vorwort, gehalten im 6. Wahlkreis Berlin-Korben. 16 S. 25 Pf. Zentrale für Einigung der Sozialdemokraten. Bezirk Korben. G. H. Fuß, Volkestr. 53.

Dr. Alfred D. Fried. (Herausgeber der Friedensmappe.) Kaufmanns Grund. Offene Antwort auf den an mich gerichteten Brief von Dr. Hermann D. Gajster im „Vorwort“ vom 1. März 1919. Auflage 1-2000. 50 Pf. Plabener-Verlag.

Lebensmittelunruhen in Witten.

Witten (Ruhr), 3. Juli.

Wolffs Bureau berichtet: Gelegentlich des Wochenmarktes kam es hier zu Unruhen. Da die Kommunisten auf dem Platz selbst nicht ausreichten konnten, zogen sie durch die Straßen und nötigten die Lebensmittel- und Zigarrengeschäfte, ihre Waren billig abzugeben. Nachmittags wurde ein Manufakturwarengeschäft gestürmt und teilweise geplündert. Die Polizei und die Sicherheitswehr, die energisch eingriffen, nahmen zahlreiche Verhaftungen vor und stellten die Ruhe wieder her. Die Erregung der Bürger über das ortsfremde Gesindel ist sehr groß.

„Kommunisten“ und „ortsfremdes Gesindel“ sind also schuld an diesen Unruhen, nicht die Lebensmittelverweigerer. Und die bürgerliche ebenso wie die rechtssozialistische Presse drückt solchen Unfug ohne ein Wort der Kritik ab!

Wahl der Richter durch das Volk.

Diese alte Forderung des Erfurter Programms spielt bei Beratung des Justizetats in der Mittwoch-Sitzung der preussischen Landesversammlung eine Rolle. Es war bezeichnend, daß ausgerechnet der Redner der Rechtssozialisten, Oberlandesgerichtsrat Freymuth, gegen diese Forderung zum Entzügen seiner Fraktionsgenossen polemisierte. Er warf die Frage auf, wie es möglich sei, diese Forderung durchzuführen. Von den Vätern der Unabhängigen wurde ihm zugerufen, er hätte sich diese Frage beantworten lassen sollen, ehe er Sozialdemokrat wurde. Seine eigenen Parteifreunde riefen ihm zu, daß er zu diesen Ausführungen nicht autorisiert sei. Herr Freymuth betonte, daß er in seiner Partei für seine Auffassung wirken wolle. Herr Freymuth teilte auf Zwischenrufe mit, daß er schon vor dem November, nämlich seit Oktober, sich zur sozialdemokratischen Partei bekannt habe.

Genosse Dr. Rosenfeld nagelte das Bekenntnis Freymuths fest. Durch wiederholte Zwischenrufe betonten die Rechtssozialisten, daß sie in diesem Punkte ihrem Fraktionsredner nicht folgten.

Im übrigen vertrat Genosse Rosenfeld unsere programmatischen Forderungen auf dem Gebiete der Rechtspflege und stellte wiederholt fest, daß Herr Heine seinerzeit in mehreren Fällen der Landesversammlung Umgehungen über Deobour's Tätigkeit gefogt habe, wie das jetzt gerichtlich erhärtet worden ist. Herr Heine hat sich gehütet, darauf zu antworten.

Zur Naturgeschichte der demokratischen Volkspartei.

Bei Geistes Kinder die sogenannten Demokraten sind, das zeigte sich wieder einmal recht klar in der Donnerstag-Sitzung der preussischen Landesversammlung bei der Abstimmung der zum Justizetat gestellten Anträge. Der Antrag, auch für die Urteile der Kriegsgerichte die Berufung einzuführen, fand nicht die Zustimmung der Demokraten, wurde aber trotzdem angenommen.

Einem Antrage unserer Genossen, die monarchistische und reaktionäre Literatur aus den Gefängnisbibliotheken zu entfernen, stimmten sie geschlossen mit dem Zentrum und den Rechtsparteien nieder. Endlich hatte die Staatshaus-haltskommission beschlossen und das Plenum stimmte dem zu, daß in Zukunft in den Strafanstalten kein Zwang zur Teilnahme an gottesdienstlichen Handlungen ausgeübt werden solle. Eine Einschränkung dieses Antrages war ein Antrag des Abg. Meyer-Herford herbeiführen, der verlangte, daß die jugendlichen Gefangenen weiter zur Teilnahme verpflichtet seien. Dieser Antrag wurde mit 134 gegen 120 Stimmen angenommen, und zwar auch nur mit Hilfe eines Teils der Demokraten.

So zeigt sich immer von neuem die wahre Natur der Demokraten, die politischen und kulturellen Fortschritten feindlich sind.

Die Anklage gegen die „Freiheit“.

Wie wir vor einigen Wochen mitgeteilt haben, ist auf Antrag des Herrn Roske gegen die Redaktion der „Freiheit“ ein Strafverfahren eingeleitet worden, das auch auf den Geschäftsführer

Alle Strophen in neuer Zeit.

Von Heinrich Heine.

Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtverordneten an alle Massen
Der treuen Bürgerschaft erlassen:

„Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gefüt den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landesfinder.

„Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

„Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.
Es schicke jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

„Wo ihrer drei beisammen steh'n,
Da soll man auseinander geh'n.
Des Nachts soll niemand auf der Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

„Es ließe seine Waffen aus
Ein jeder in dem Schildenhause;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.

„Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich fusilliert;
Das Räsonieren durch Behörden
Soll gleichfalls hart bestraft werden.

„Vertraue autrom Magistrat,
Der fromm und liebend schüßt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Tuch sticht es, Reis das Maul zu balten.“

Das Gesetz.

Soziale Tragödie von Paul Vaber.

(Wallner-Theater.)

Paul Vaber, Parteiredeakteur in Roggeburg, mehrheitlichsozialistisches Mitglied der Nationalversammlung in Weimar, schrieb zu Stück, das auf Grund seines Stoffes der Anteilnahme in Arbeiterkreisen gewiß sein kann. Es behandelt die schändlichen Verfolgungen des revolutionär gesinnten Proletariats unter dem Sozialistengesetz an einigen typischen Beispielen. Wir sehen auf der Bühne die heimliche Sozialistensammelnkunft in dem Arbeiterhause, Zusammenhalt und Bruderkampf in der Familie, opfermutige Hingabe an die besetzende Idee, Einbringen von Spießeln und Lockspießeln, gewissenlose Methoden der politischen Polizei und alle jene Niederträchtigkeiten, die damals zum System gehörten.

Nur damals? Ach, wie wenig hat sich die Welt verändert! Was eheben unter dem Sozialistengesetz gegen sozialdemokratische Arbeiter grausam geübt wurde, indem man sie aus der Arbeit jagte und im Lande umhertreiben, das tollenden heute der Rechtsismus und seine Jünger in der „freien“ deutschen Republik an allen, die auch nur im Verdacht der unabhängigen oder kommunistischen Bestimmung stehen. Nur daß an Stelle des Polizeispitzels Handgranaten und Maschinengewehre, an Stelle der Ludocifung Schubhaft und Standescht, an Stelle des Gefängnisses Zuchthaus, Todesstrafe und Neudelikt getreten sind.

So erhebt heute Vabers Bühnenwerk, das sich unter dem neuen ungeheuren, aber noch schlimmeren Sozialistengesetz gegen das alte wendet, mehr als eine politische, denn als künstlerische Angelegenheit. Die Furcht vor „subversiven“ Bestrebungen und der Herrschaft der Revolution, die Befähigung vor dem Umsturz der kapitalistischen Ordnung, die Furcht gegen „unruhige“ Elemente, die der Gewalt nicht mit Gewalt, sondern mit dem Boden auf Menschenrecht und Menschlichkeit trohen, treibt heute noch tollere Blüten als ehehem. Was Vaber davon auf die Bühne bringt, ist nicht gehalten, sondern in großen Silberbogenfarben gezeichnet. Treu nach der Wirklichkeit übersehene Parteidogmen. Es fehlt stellenweise, besonders im ersten Akt, nicht an menschlich ergreifenden und psychologisch vertieften Zügen, aber im zweiten und löse angehängten dritten Akt tadelt sich eine gewisse Schwellung und Charakterlosigkeit im abstrakten Kulissenakt aus. An literarische Vorbilder aus der proletarischen Umwelt, wie Gausmann, Corli oder auch Rejencus, darf man dabei auch

der Verlags-Genossenschaft „Freiheit“ und den Direktor der Linden-Druckerei ausgedehnt wurde. Wir erfahren jetzt, daß das Verbot gegen die beiden zuletzt genannten Personen fallengelassen worden ist, daß dagegen gegen unsere verantwortlichen Redakteure, den Genossen Wielepp, Auflage wegen Verleumdung der Reichswehrtruppen erhoben werden soll.

Wir und ebenso unsere Leser werden sicherlich mit Spannung den Verlauf und den Ausgang des Prozesses erwarten. Ob Herr Roske noch viel von ihm erwartet, nachdem das klare Verfahren schon zu zwei Dritteln fallengelassen werden mußte?

Eisenbahner und politischer Streik.

Die Regierung und die ihr gefällige Presse haben ihr Möglichstes getan, um dem Streik der Eisenbahner, der aus wirtschaftlichen Gründen ausgedroht, politische Gründe zu unterstellen. Um die Absichten der Streikenden zu verächtlichen, wurde behauptet, daß sie sich von den Kommunisten mißbrauchen ließen, und daß der Streik nur dazu dienen sollte, um die Ausruhmung der Räterepublik vorzubereiten. Vor uns liegt nun folgendes Flugblatt:

Genossenschaftsbund
Deutscher Eisenbahnbeamten. Berlin, den 25. Juni 1919.
Bezirk Berlin.

An alle Mitglieder der angeschlossenen Vereine!
In letzter Zeit ist vielfach versucht worden, in die Beamenschaft dadurch einen Keil zu treiben, daß man sie von parteipolitischen Seite aus in verschiedene Lager zu teilen trachtet. Abgesehen davon, daß die Beamenschaft der Eisenbahnen und damit der von der Mehrheit des Volkes gewählten Regierung zu dienen und sich zum Angestellten einer bestimmten Partei nicht umwandeln lassen darf, muß sie sich von allen Bestrebungen fernhalten, die geeignet sind, die Beamenschaft einzuschleifen oder aufzulösen. Da auch Hände am Werke sind, die eine politische Räterepublik einführen möchten, hat der geschäftsführende Ausschuss des Bundesbezirks in seiner Sitzung vom 21. d. Mts. beschlossen, an die einzelnen Mitglieder heranzutreten, um durch eine Abstimmung zu ermitteln, wie sich die Eisenbahnbeamten zu einem Streik zur Abwehr der politischen Räterepublik stellen.

Wir überlassen ergebnis in der Angelegenheit einen Stimmentzettel, den Sie durch Durchstreichen des Wortes für oder gegen nach Ihrer Wahl ergänzen und dann ohne Unterschrift in dem beigegebenen Briefumschlag Ihrem Vereinsvorstande zustellen wollen, der die Briefumschläge sammelt und unerschlossen an uns weiterleitet. Die durch den Mehrheitsbeschluß sich ergebende Stellungnahme zum Abwehrestreik werden wir in nächster Zeit den Vereinen zur Bekanntheit an alle Mitglieder mitteilen.

Der Vorstand.
Friedel. Nummer.

Stimmzettel.

Ich bin für *) Beilegung an einem Streik zur Abwehr der politischen Räterepublik.

*) Nichtzutreffendes durchzustreichen.

Aus diesem Flugblatt geht also mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Bund sich mit der Absicht trägt, einen politischen Streik der Eisenbahner, zur Abwehr der politischen Räterepublik, vom Hause zu brechen. Dieser Bund wird von der Masse der Eisenbahner als gewerkschaftliche Organisation nicht anerkannt, dagegen besitzt er starke Sympathien im Bürgertum. Er hat während des Streiks sich mit besonderem Eifer an der Verächtlichmachung der Streikenden beteiligt, zu gleicher Zeit aber betrieb er die Vorbereitungen zu einem politischen Streik der Eisenbahner.

Was wird die Regierung, was wird Herr Roske sagen, wenn sie erfahren, daß die Agitation für einen politischen Streik der Eisenbahner vom Bund so offen betrieben wird? Werden sie auch gegen diese Seite mit Gefängnisurteilen vorgehen?

Erleichterung der Einreise nach England.

London, 2. Juli. (Reuters.)

Unterhaus. Sir G. B. Harris fragte, ob die Regierung mit Rücksicht auf den zu erwartenden Strom von ausländischen Handelsreisenden für denartige Vertreter ein System von Lizenzen einführen werde, in denen zwischen alliierten, neutralen und vor kurzem noch feindlichen Ländern ein Unterschied gemacht wird. Shortt antwortete, er beabsichtige nicht, diesen Vorschlag auszuführen. Mit Hilfe der Verordnung zur Beschränkung des Ausländerverkehrs würden ausreichende Schritte unternommen, um alle Ausländer auszuscheiden, die nicht imstande seien, ausreichende Gründe für den Besuch Englands anzugeben. Von dem gemachten Vorschlag, der eine komplizierte Maschine erfordern würde, könne er sich keine befriedigenden Ergebnisse versprechen.

„Aufstand deutscher Kriegsgefangener.“

Amsterdam, 3. Juli.

„Duitsche Chroniek“ meldet, daß am 2. Juli 2000 deutsche Kriegsgefangene im Gefangenenlager von Oostvrieslauffällig wurden. Da sie ihre Rationsration nicht rechtzeitig erhalten hätten, hätten sie sich geweigert, zum Appell zu kommen. Sie bewaffneten sich mit schweren Säbden und drohten in Massen anzugreifen. In aller Eile kamen englische Verstärkungen von einem anderen Lager an und unterdrückten mit aufgeflogenen Bajonetten den Aufstand. Sehr gefährlich scheint aber: dieser Aufstand nicht gewesen zu sein.

Der Friedensvertrag im belgischen Parlament.

Brüssel, 3. Juli.

Der Minister des Reichens, Symans, hat in der Kammer den Friedensvertrag eingebracht. Am Schluß der Rede, die er bei diesem Anlaß hielt, begrüßte der Minister die Bevölkerung von Moresnet, Palmech, St. Vith und Suxen. Symans hat außer dem Friedensvertrag auch noch einen Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Belgien einerseits und Deutschland andererseits über die militärische Befestigung des Rheingebietes eingebracht, ferner legte er eine von Clemenceau, Wilson, Lloyd George und Sonnino unterzeichnete Erklärung vor, in der Belgien ein Verbot von 2 1/2 Millionen Frank auf die erste durch Deutschland zu leistende Zahlung gesetzt wird, und eine von Clemenceau, Bil-

son und Lloyd George mit unterzeichnete Erklärung über den Verzicht der von Belgien bis zum 11. November 1918 abgeschlossenen Kriegsanleihen.

Es ist höchste Zeit

für die Bezirksführer und Funktionäre der U. S. P., die noch nicht im Besitz des Werbematerials für die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ sind, es sich sofort zu besorgen.

Am nächsten Abend

müssen sie unbedingt das Material bereit haben. Viele Mitglieder der U. S. P. wollen bei dieser Gelegenheit die Mitgliedschaft zur Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ erwerben und Anteilsscheine zeichnen.

Dafür muß alles vorbereitet sein!

Die Massenhinrichtungen in Ungarn.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die bürgerliche Presse sensationelle Meldungen über Massenhinrichtungen in Budapest. Diesen Nachrichten gegenüber ist äußerste Vorsicht geboten, da ihr Ursprung sehr dunkel ist und wir ja aus der Geschichte der Berliner Märzklämpfe wissen, welchen Zwecken solche Nachrichten (Nichtenberg-Gruebel) dienen. Inzwischen ist auch von dem amtlichen Wiener Korrespondenz-Bureau folgendes Dementi verbreitet worden:

Die ungarische Gesandtschaft sowie die italienische Militärmission erklären die Mitternachtung von Massenhinrichtungen in Budapest für unbegründet.

Es ist deshalb bei dem Ausbleiben direkter Nachrichten aus Budapest zum mindesten zweifelhaft, ob solche Massenhinrichtungen stattgefunden haben.

Wir haben bereits bei anderer Gelegenheit betont, daß wir als entschiedene Gegner der Todesstrafe es auch auf das schärfste mißbilligen würden, wenn von Sozialisten Gegenrevolutionäre für ihre politischen Handlungen mit dem Tode bestraft würden. Die Arbeiterklasse verabscheut die Todesstrafe, sie kann im Gegensatz zu anderen Klassen der Gesellschaft ihre Herrschaft durch die ökonomische Macht und ihre große Zahl aufrechterhalten. Sie braucht solche Gewaltmittel nicht und darf sie nicht anwenden.

Der englisch-französische Vertrag.

London, 3. Juli. (Reuters.)

Der englisch-französische Vertrag, der heute abend veröffentlicht wurde, bestimmt, daß Großbritannien, wenn die Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrages mit Deutschland zunächst keine genügende Sicherheit und keinen genügenden Schutz für Frankreich bieten sollten, zumutet, im Falle einer nicht herausgeforderten Angriffsbewegung Deutschlands gegen Frankreich diesem zu Hilfe zu kommen. Der Vertrag wird dann in Kraft treten, wenn der ähnliche französisch-amerikanische Vertrag ratifiziert wird. Der Vertrag muß vom Völkerbund als mit dem Völkerbundsvertrag vereinbar besunden werden und wird solange in Kraft bleiben, bis der Rat der Nationen sich, daß der Völkerbund selbst genügenden Schutz bietet.

Revolutionäre Stimmung in Italien.

Bern, 4. Juli.

Laut „Avanti“ erklärte d'Aragnos, Generalsekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes, in Southport, Italien, besinde sich nach dem Krieg in Verhältnissen, die zum Vandalentum führen müßten. Das Volk sei von einer revolutionären Bewegung ergriffen und die Lage sei so schwer, daß Nachrichten, die aus Italien kommen und von einer revolutionären Bewegung und Unversiegen sprechen könnten, nicht überraschen dürften.

Das amerikanische Kapital beim Wiederaufbau. New York Times meldet, daß die New Yorker Stahlfabrik Vulcan sich kontraktlich verpflichtet hat, das zerstörte Gebiet in der Gegend von Nancy wieder aufzubauen.

Die Demobilisierung des amerikanischen Herres ist für den 30. September angekündigt worden. Die Friedensstärke wird ungefähr 200 000 Mann betragen.

Die Wahlen für die jüdische gesetzgebende Versammlung in Palästina wurden am 10. Juli festgesetzt. Die Frauen werden das aktive und passive Wahlrecht haben. Ein Teil der orthodoxen Juden wird sich deshalb an den Wahlen nicht beteiligen.

Die Abstimmung auf den Wahlen in Schweden hat zu folgendem Ergebnis geführt: 94 vom Hundert der mündigen Bevölkerung stimmten für den Anschluß an Schweden. Die schwedische Presse fordert unter Hinweis darauf, daß der Wunsch der ausländischen Bevölkerung erfüllt werde.

Die Rechtssozialisten gehören nicht in die Internationale.

In der Pariser sozialistischen Weltzeitung „La France Libre“ wird der bekannte französische Rechtssozialist Comptre-Morel über das Verhalten, das die französischen Sozialisten ihren deutschen Genossen gegenüber einnehmen müßten; er kommt hierbei zu einer vernünftigen Abgabe an die deutschen Rechtssozialisten. Er kritisiert zunächst den Weimarer Parteitag der Rechtssozialisten und äußert hierbei, daß die Beratungen auf dem Kompartei des Parteitagessociet hätten, daß die Rechtssozialisten von den linken Geistesrichtungen nicht das geringste gelernt hätten, daß im Gegenteil noch niemals ein derartiger Chauvinismus in den Reihen von Sozialdemokraten sich bemerkbar gemacht habe, wie er auf diesem Parteitag zutage getreten sei. Comptre-Morel erklärt die rechtssozialistischen Führer für die Freunde, Verbündeten und Gönner von Leuten wie Erzberger, Hindenburg und Prockdorff-Panhouer und entrüstet sich ganz besonders über die Rede Nummer 1, in der dieser unter dem Beifall der ganzen Ver-

sammlung von einem „Wahrheitsfimmel“ reden konnte. Dann fährt er bedenklich fort:

„All das setzt uns, wie vorhin schon gesagt wurde, solange diese Sozialdemokraten — die Kommissare der Weissen Garde, der hochmütigen Offiziere, der Kroutunten und der Monarchisten — an der Macht sind und im Namen ihres Landes sprechen können.“

Solange das deutsche Volk mit der gegenwärtigen Regierung, die nur die überkommene aggressive, hochmütige und brutale Politik des deutschen Kaiserreichs fortsetzt, noch nicht abgerechnet hat, und solange es noch nicht seine Schwäche den Unabhängigen Sozialisten, deren wahrhaft menschliche und sozialistische Gefühle niemand leugnen und beargwöhnen kann, anvertraut hat, solange können wir mit diesem Volke nichts zu tun haben, weder in der Internationale, noch im Völkerbunde.“

Aus der Partei.

Neue Blätter der U. S. P. D.

Seit dem 1. Juli erscheint in München als offizielles Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine neue Tageszeitung „Der Kampf“. Die von Eisner mitbegründete „Neue Zeitung“ wird von dem bürgerlichen Verleger merkwürdigerweise unter Mitwirkung der alten Redaktion weiter herausgegeben, steht aber in keiner Beziehung zur Unabhängigen Partei.

In Bernburg wird seit dem 1. Juli gleichfalls eine neue Tageszeitung herausgegeben. Sie führt den Titel „Die Wahrheit“ und wird in ganz Anhalt verbreitet.

Groß-Berlin.

Abbau der städtischen Volksspeisung.

Die Volksspeisungsanstalten haben mit einer starken Abnahme der Speisenden zu rechnen. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß immer mehr Frauen zum Kochen im Hause zurückkehren. Viele Frauen sind wieder in ihrer häuslichen Tätigkeit und bekommen, wenn auch die Preise hoch sind, doch etwas mehr Lebensmittel wie früher. In der städtischen Volksspeisung ist die Teilnehmerzahl von April bis heute um die Hälfte gesunken, und zwar von 55 000 auf 27 000. Die Abendspeisungen sind von 56 300 auf 10 500 zurückgegangen. In den Sommermonaten fällt erfahrungsgemäß die Teilnahme weiter. Dieser Umstand hat zu Erwägungen geführt, die auf einen Abbau der Volksspeisung hinstellen, zumal in obigen Ziffern die Schulspeisung einbezogen ist. Die Schulspeisung betrug am 1. Oktober 1918 18 000, sie stieg auf 27 000 im Jahre 1917/18, um zu fallen auf die Zahl von 3000 tägliche Teilnehmer.

Die Kosten für die Speisung decken heute nicht einmal die Ausgaben für Gehälter und Löhne. Die Ausgaben für die Lebensmittel müssen aus allgemeinen Mitteln bestritten werden. Die Selbstkosten für ein Mittagessen betragen heute 83—84 Pfennig, wofür 50 Pfennig gezahlt werden. Die Herstellungskosten für ein Abendessen betragen 66 Pfennig, wofür nur 40 Pfennig gezahlt werden. Es ist beschlossene worden, von den 8 Küchen 4 Küchen eingezogen zu lassen. Es wurde erwogen, ob man nicht mit einer Zentralküche oder mit 2 Küchen auskommen könne. Tatsächlich könnte das Bedürfnis sehr wohl in weniger Küchen gedeckt werden. Man möchte aber diesen großen Schritt nicht jetzt schon machen, da sonst die Entlassung von Personal einen zu großen Umfang annehmen würde. Mit der Verjüngung der Küchen sollen auch 13 Ausgabestellen in Fortfall kommen, die unter 200 Litern täglich abgeben. Man könne beim besten Willen diese wenig in Anspruch genommenen Ausgabestellen nicht rechtfertigen. In einer Sitzung des Beirats der Volksspeisung wurden diese einzelnen Maßnahmen besprochen. Es wurde auch beschlossen, die Abendsuppen für die Sommerzeit in Fortfall kommen zu lassen. Von der Erhöhung der Preise für die Portion wurde abgesehen. Bei den unvermeidlich werdenden Entlassungen von Personal wurde von unseren Vertretern angeregt, dabei nach der Bedürftigkeit vorzugehen und im Einverständnis mit dem Anstaltsverwalter nicht etwa das Personal ganzer Küchen zu entlassen, sondern in den bestehenbleibenden Küchen zu prüfen, ob dort Angestellte vorhanden sind, die eher zur Entlassung kommen können, als die in den aufgelassenen Küchen. Tatsächlich soll es noch Angestellte geben, die es wirklich nicht so nötig haben, und die sollten zuerst zur Entlassung kommen. Danach soll verfahren werden.

Kaufstüchtige Regierungssoldaten.

Ein gefährliches Treiben zweier Regierungssoldaten, das sehr schlimme Folgen hätte zeitigen können, wird uns aus einem Brief aus der Reichswehr berichtet. Dort dienten in der Nacht vom 29. zum 30. Juli zwei Soldaten der Reichswehr (Abzeichen: 11/1) etwas reichlich dem Gotte Bacchus. Nach hartem Weingenuß führten sie sich unangenehm und rabiat auf. Diese Herren der Gesellschaft vertrieben ihre Rohheit auf einem Tisch, der zum Empfang der Gäste bereitsteht. Einer in dem Lokal aufstehenden Sängern teilten sie ohne jede Ursache Schellen links und rechts aus. Und zum Schluß biegen diese beiden Herren die Jacke schuldig. Sie wurden kurzerhand auf einen sauberen Weg an die frische Luft gesetzt. Nun trieben sie ihr Unwesen auf offener Straße weiter. Einem Herrn, der sie ermahnte, sich anständig zu benehmen, bedrohten sie mit dem Revolver. Ja, sie suchten sogar in die inzwischen sich angesammelte Menschenmenge zu rennen. Aber das Ding funktionierte zum Glück nicht. Die Reiter, die mit Regierungssoldaten reiche Erfahrungen gemacht haben, hatten in weiser Voraussicht der kommenden Dinge unbemerkt die Revolver in der Garderobe entnommen und die Militärs an sich genommen. Darüber erbot, schlugen die entlassenen Soldaten einer gerade des Wegs kommenden älteren Frau gegen den Kopf, worauf denn schließlich die Festnahme dieser beiden Ordnungshüter durch Polizisten erfolgte.

Auf Augenzeugen machten die Kaufstüchtigen den Eindruck, als seien sie nicht zurechnungsfähig. Nach dieser Richtung hin scheint also die Prüfung bei Aufnahme von Freiwilligen in die Reichswehr, die noch politischer Hinsicht bekanntlich reichlich genau ist, nicht so genau vorgenommen zu werden. Die geistige Verfassung spielt demnach für die Tätigkeit der Regierungstruppen keine Rolle.

Neben besonnenen Bürger werden die Waffen abgenommen. Geistesunzurechnungsfähige Jünglinge aber dürfen selbst bei ihren Saufgelagen jeden anständigen Menschen mit der Waffe bedrohen.

Wegen Schulverhinderung eingekerkert.

Ein unerhörter Übergriff von Polizeiorganen wird uns aus Spandau berichtet. Der zehnjährige Sohn einer Witwe G. wurde am 24. Juni von einem Polizeihilfsbeamten von der Seite der Mutter kurzerhand wegverharrt und dem Polizeigewahrsam in Spandau überwiesen. Er sollte in eine Erziehungsanstalt gebracht werden, weil er einige Wochen die Schule geschwänzt hätte. Die Mutter wurde systematisch daran gehindert, ihr Kind zu besuchen. Nach einer Mitteilung des Kriminalbeamten B. sollte der Knabe vor einigen Tagen der Erziehungsanstalt in Kopenick bei Westhof überwiesen worden sein. Als die Mutter am Sonntag dort erschien, fand sie zu ihrem Schrecken ihr Kind nicht dort. Er war immer noch im Polizeigewahrsam! Die geängstigte Mutter besah ihr Kind immer noch nicht zu sehen. In ihrer sorgenvollen Lage wandte sie sich an den Abordnenen für Spandau, den neugeborenen Oberbürgermeister Stahl, der dank des Kriegsbelagerungszustandes den Abordnenenplan unseres gemordeten Genossen Liebknecht im Reichstoge eingenommen hat. Dieser Herr Sozialist hatte aber für die bedrängte Mutter keine Zeit. Und so weiß sie in der Tat keinen anderen Weg, zu ihrem Kind zu kommen, als durch die Pflichten in die Dessenhaftigkeit.

Es ist einfach ein Skandal, daß ein zehnjähriges Kind, das aus Mangel geeigneter Aufsicht die Schule verläßt, dafür mit Gefängnis bestraft werden soll. So werden Verbrechen gesühnt! Wir erwarten, daß diese öffentliche Brandmarke genügt, um in dem fürorgewesen Spandaus gründlich Remedur zu schaffen.

Teils zuviel, teils zu wenig Kriminalbeamte.

Diese Schlussfolgerung zieht ein Leser unseres Blattes aus den Erfahrungen, die er in kurzer Zeit gemacht hat. Als in seiner Wohnung eingebrochen worden war, konnten die zur Ermittlung der Einbrecher erforderlichen Hausdurchsuchungen nicht vorgenommen werden, weil angeblich zu wenig Beamte vorhanden waren. Nachdem wurde aber bei ihm selbst innerhalb drei Wochen dreimal von mehreren, zuletzt sogar von sechs Beamten, gehaust. Allerdings handelte es sich hierbei nicht um die Herbeiführung von Diebstahl, sondern um Beschlagnahme revolutionärer Druckschriften. Ja, daran darf es in einer „sozialistischen“ Republik an Kräften nicht mangeln. Gefunden wurde nichts. Dafür wurden aber Beschlagnahmen verhängt, wodurch die Ausübung seines Gewerbes dem betreffenden Herrn erschwert wird.

Der Leser fragt, ob dieses für die völlig grundlose Verhaftung arbeitender Bürger aufgewandte Heer von Beamten nicht nützlicher für die Verfolgung fälliger Verbrecher Verwendung finden könnte. Wie naiv! Dieser Regierung und ihren gleichgeschulten Polizeiorganen erscheinen eben als revolutionär verhängliche Bürger bedeutend gefährlicher als Einbrecher und Räuber.

Schulverhinderung. Mit welcher Engherzigkeit die alten Rektoren noch immer jedes freie Lüftchen von der Schule fernzuhalten suchen, dafür gibt der Rektor der Mädchenschule in der Bromberger Str. immer neue Beispiele. In einer Versammlung des Arbeiter-Eltern-Bundes wurden auf einer Liste Unterschriften der Eltern, für die Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht gesammelt. Diese Unterschriften will der Herr Rektor nicht anerkennen. Er behauptet, daß die Eltern einzeln an ihn schreiben müssen. Ebenso will er den Elternrat nicht anerkennen, der in einer Versammlung gewählt wurde, zu der alle Eltern der Kinder seiner Schule eingeladen wurden. Der Arbeiter-Eltern-Bund wird sich natürlich in seiner Arbeit durch solche heimliche Widerstände nicht aufhalten lassen. Zu Beginn des neuen Schuljahres wird er durch eine große Aktion dafür sorgen, daß die

Eltern, die mit dem konfessionellen Kirchentum zerfallen sind, die Befreiung ihrer Kinder vom Religionsunterricht nicht aus Lässigkeit oder Unfähigkeit unterlassen. Und auch dafür wird gefordert werden, daß dieser Herr Rektor sich bequemen muß, die Eltern, die durch ihre Klage an der Ausgestaltung der Schule mitarbeiten wollen, zur Mitarbeit heranzuziehen. Der A. E. B. wird auch weiterhin die Wahl von Elternräten organisieren. Zuschriften in dieses Angelegenheiten sind zu richten an Genossen J. Reich, Berlin O 34, Libauer Straße 10.

Gegen das Plakatverbot. Das Polizeipräsidium teilt mit: In den letzten Monaten sind — entgegen den bestehenden Bestimmungen — von verächtlicher Seite zahlreiche, durch Größe und Farben auffällige Plakate an Häusern, Mauern, Säulen, Brücken, Sockeln von Denkmälern, Schaufenstern usw. angebracht worden. Das hat zu einer erheblichen Verunstaltung des Straßensbildes geführt, die nicht weiter gebuldet werden kann. Nach § 120 der Berliner Straßenpolizeiordnung dürfen Plakatschilde, die von der Straße aus sichtbar sind, außer den hierzu behördlich bestimmten Stellen (Anschlagtafeln u. dergl.) nur auf denjenigen Grundstücken angebracht werden, auf die sich ihr Inhalt bezieht. Auch ist die Anbringung von Plakaten mit vorzängiger polizeilicher Genehmigung nur in den Schaufenstern leer stehender Läden zulässig. Für den Fall, daß diese Zuwiderhandlungen fortgesetzt werden sollten, sind die Polizeibehörden angewiesen worden, gegen die Schuldigen mit Strafen vorzugehen, nötigenfalls auch auf deren Kosten die Plakate, Klebmittel usw. zwangsweise entfernen zu lassen. Daneben bleibt die bürgerlich-rechtliche Verantwortlichkeit gegenüber den etwa Beschädigten bestehen.

Mit diesem Ersche soll sich der Polizeipräsident zuerst an die behördlichen Stellen wenden, die ihre Plakate an die Mauern anheften lassen. Wir denken an die Plakate über den Bolschewismus, über die Sozialisierung, an die Werbeplakate für die Freiwilligenkorps u. a.

Zur Beamtenbesoldung wird uns geschrieben: „Der Rentant bei der Universitätskasse in Berlin, mittlerer Beamter, hat das 3-Monats Einkommen von dem eines Vorkaufmanns bei derselben Kasse, obgleich der Vorkaufmann mit derselben Vorbildung, bei gleicher Tätigkeit und bei gleicher Arbeitszeit mindestens das gleiche, wenn nicht mehr, leisten muß. Der Herr Rentant, der im Durchschnitt kaum älter ist, als ein solcher Assistent, hat noch das Vorrecht, über das Wohl und Wehe eines solchen Arbeitstieres — mehr ist ja der Assistent in seinen Augen nicht — bestimmen zu können. Bei den geringsten Vorwands, Verstoß gegen äußere Formen und dergl. droht man mit schärfsten Disziplinarmaßnahmen. Einem solchen unteren Beamten wird außerdem, je ich bei den besten Leistungen, jede Möglichkeit zum Aufstieg in eine besser besoldete Stelle — die Arbeiten bleiben dieselben — vollständig genommen. Man scheut sich nicht — allerdings nur der hohen Besoldung wegen — zu beauftragen, daß die Seele eines Rentanten nur ein mittlerer Beamter aus dem Ministerium wahrnehmen könne. Wo bleibt hier die Demokratie?

Schlichtungsausschuß. Allen Beisitzern und Parteien des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin zur Kenntnis, daß Verhandlungen des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin infolge des Beschäftigungs bis auf weiteres nicht stattfinden.

Die Rechtsanwaltsstelle des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin kann weiterhin in der Zeit von 10 bis 1 Uhr, Sonnabends von 10 bis 12 Uhr unentgeltlich in Streitigkeiten, die das Arbeitsverhältnis betreffen, in Anspruch genommen werden. Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, Berlin N. 4, Schlegelstraße 2.

Straßensperren. Die Krillierstraße von der Fingelstraße bis zur Ebertstraße und die Ebertstraße bis einschließlich des Kreuzdammes der Prinz-Friedrich-Karl-Straße, des Weidenbammes und der Straße am Kupfergraben sind bis auf weiteres wegen Ausführung dringender Gleisverneuerungsarbeiten für den gesamten Fußverkehr gesperrt.

Friedenan. Die zu heute abend nach der Kula des Reform-Realgymnasiums, Gornitzstraße eintreffende öffentliche Verammlung kann nicht stattfinden. Der Arbeiterrat.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Sonnabend, 5 1/2 Uhr Fraktionsitzung der kommunalen Arbeiterräte. 7 Uhr Vorkonferenz in Zimmer 1 des Rathauses.

Niederbarnim. Die Kreisversammlung findet Sonnabend, den 5. d. M., nachmittags 5 Uhr, in der Kula der Schule Poststraße in Lichterfeld statt. Der Kreisvorsitzende.

Teltow-Beeskow. Morgen, Sonnabend, abend 8 Uhr im Kreisbureau Neuhöllm Revision und Sitzung des Kreisvorstandes.

Neuhöllm. Heute abend 6 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Kreis Hermann, Ecke Schlegelstraße.

Bernau. Der gemeinsame Familien-Ausflug der U. S. P. D. findet am Sonntag, den 6. Juli, statt. Die Genossen mit ihren Familien treffen sich mittags 1 Uhr beim Genossen Wänsche, Krossen 1 1/2 Uhr nach Müggental, zum Genossen Uebeler, 2 1/2 nach Ruchow, ab Bernau Vorortzug 2 Uhr 1 Minute.

Stettin Kreis, 33. Abteilung, veranstaltet am Sonntag, den 6. Juli, einen Familienausflug nach Friedrichshagen. Treffpunkt morgens 8 Uhr Bahnhof Frankfurter Allee. Nachzügler Friedrichshagen, Banzingarten. Bei ungünstigem Wetter wird der Ausflug auf 8 Tage vertagt.

Sammlung für die politischen Gefangenen.

5. Quittung.

- Beder 5 M., Grißahn 3 M., Ungenannt 20 M., Ray Prim 5 M., Paul Frings 5 M., Julius Reihner 5 M., Fr. L. Reber 6 M., Fiedemann 13 M., Ungenannt 1 M., R. Paulke 5 M., Scheinwerfer-Depot 33 M., Depot Spandau 50,50 M., Hempel 2 M., Barisch 10 M., E. S. XXX 10 M., Striebig 5 M., Metallindustriebeamte Lichtenberg 22 M., Ried, Hinterstraße, 10 M., Armeekonzernfabrik, Lagerlehrer Bahnhof 63 M., Gahl 3 M., Angestellte der Jüdischen Gemeinde, Oranienburger Str. 30 M., E. E. Hermann Schmidt 50 M., Kollegen der Tapezierer-Vereinigung der Fr. Hund u. Kronenstr. 22,75 M., Schulweg 10 M., Trausch 5 M., Schmidt 10 M., Reichel, Reußhain 3 M., Boh 2 M., Kovach 5 M., Brandt der Metallschleifer 150 M., Fr. Louis, Paulsstraße, Weichen 5 M., Redmer 10 M., Zentralverband der Schuhmacher 33 M., U. S. P. D., Oranienburg 50 M., Konow 5 M., Johann Rufe 5 M., Kollegen des Godwerts „Obersee“, Oberdamm 83 M., Haner 5 M., Fr. Lafer 19 M., Fr. Eichhorn 3,50 M., Sammlung Horch (f. N. D.) 31,25 M., Pauls 5 M., Krügel 10 M., Fr. Strödel 2 M., Herr und Frau Seliger, Potsdamer Str. 2 M., Rauchklub „Immer Lustig“ 10 M., August Geuz, Eberlher Str. 3 M., Frau E. Witt, Steglitzer Str. 6 M., Otto Böhm 5 M., U. S. P. Niederschöneweide, Ueberstuf von der Raiten 200 M., Kollegen der Fr. Schmiden u. Co. 17,50 M., Rahlert 5 M., Bauer 5 M., Fr. Erna Rosen, Charlottenburg 50 M., Revolutionshochzeit Alice Frey 18 M., Konsumvereinigung 98 M., Kaufstelle 13,80 M., Frieda Glöckel 3 M., Sammlung von Pianierern der Gefängnisverwaltung Spandau 10 M., Theater-Gesellschaft, Bruchmühle 20 M., Sammlung in einer Versammlung nach 41,25 M., Verammlung der Bildler usw. vom 13. 45,70 M., Hermannstraße 10 M., Bestücke, Charlottenburg 20 M., Gople 5 M., Gamma 1 358,75 M., bereits quittiert 14 936,11 M., zusammen 16 259,39 M.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., R. Müller.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kadoib, Berlin. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Sieben neue Nummern erschienen!

Der Sozialist.

(Früher Sozialistische Auslandszeitung.)
Unabhängige sozialdemokratische Wochenzeitung.

Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.

Unter ständiger Mitwirkung von
H. Bloß, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.

Abonnements vierteljährlich 3 M., Einzelnummer 50 Pf.
Bestellungen sind anzunehmen bei der nächsten Postanstalt, bei den Speditionen der „Freiheit“, oder in der Hauptexpedition derselben, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort

Botenfrauen

eingestellt:

Berlin
Girschner, Stieghiner Straße 92, Döring, Steinwegstr. 23, Gadebath, Michaelkirchpl. 2.

Potsdam
Dobauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.

Wilmerdorf
Deucke, Auguststraße 60.

Tempelhof
Barisch, Werderstraße 31.

„Freiheit-Leser“

ter Speditionen Zinke, Landsberger Str. 97 — Gallas, Barnimsir. 20 — Rosemann, Winastraße

Ab 1. Juli befindet sich die gemeinsame Spedition
Greifswalderstr. 29, vorn part.

bei dem Genossen Otto Werner.

Um eine nützliche Zustellung der „Freiheit“ sicher zu stellen, ersuchen wir unsere Genossinnen und Genossen, sofort die Abonnementbestellung für Juli in unserer Spedition anzugeben. — Dasselbe werden auch noch einige Botenfrauen gesucht.

Die Zeitungskommissionen des V. und VI. Kreises.

„Freiheit“-Leser von Pankow

Da uns Genosse Herbst, Pankow, Florastr. 25, verschiedene Touren nicht herausgibt, ersuchen wir unsere Abonnenten umgehend ihre Adresse bei Spickermann, Brehmestraße 46, mitzuteilen, damit jeder beliefert werden kann.

Die Zeitungskommission der U. S. P. D. Pankow.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Lehrerstr. 10, Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Vortag, der Bodenarbeiter

Ernst Knoth
am 30. Juni im Alter von 64 Jahren verstorben ist.

Ehrendem Andenken!
Die Pensionsversicherung findet am Sonnabend, den 5. d. Mts. nachmittags 1 Uhr im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 37-38, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

6. Wahlkreis
9. Abt., Bk. 294a.

Am Mittwoch, den 2. Juli verstarb unser Genosse, der Klempner

Willi Hein
Dammaler Straße 23.

Ehrendem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhof-Genossenschaftlichen Nordost aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Laute, Wandzeitung verkauft Rittner, Reimannstr. 20.

Chaisologues, Kleidermacher 100 —, Polsterer, Pappel-Allee 12/13.

Kaufgesuche

G. A. Kupferdrähte
kaufe ständig.

E. Knüppel
Hafenstraße 41, Gartenhaus I.

Spiralbohrer, Schmirgellein verkauft Frick, Reichenberger Str. 48, am Bahnh. Schönholz, Reichenberger Str. 2118.

Alte Grammophonplatten und Phonographen, auch Bruch, kauft per K. M. 320. Lasse obhauen. Vest. Neuh. W. Lennestr. 26.

Großen Erfolg
haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit“.

Metallschmelze zahlt höchste Preise für jede Menge Blei, Zink, Kupfer, Messing, Roheisen, Nickel, Quecksilber, Aluminium, Stannol, Silber u. Platin (16 M. p. g.), Zinkergabstabe, Mincen etc. nach 2 Uhr Laboratorium 50, Libbenstr. 20.

Holzschrauben, auch andere, kauft Lehmann, Spandauer Brücke 9.

Verschiedenes

Verloren braun Hund, Art Terr. ohne Marke, a. d. Nam. Schwanitz hrend, geg. Belohn. abzugeben. Adlershof, Kilian, Handlerystraße 12.

Dauervätsche wird ausbezogen, gebessert, vergrößert, verkleinert, gereinigt. Reichenberger Str. 7
Born, (Kottbuser Tor), Ferosprechschl. Mpl. 14 365.

Brennholz trocken!!
Jetzt beste Zeit zum Eindecken für den Winter, bei 10 Ztr. liefert billigst frei Haus

Schreibers Holzgroßhandlung
Berlin-Reinickendorf-Ost, Waldenerstrasse 22/24.
Fernspr. Reinickendorf 138.

Achtung!
Die Spedition Reck, Blankenburg, ist zu SCHEER, Blankenburg, Bahnhofstr. 24a, verlegt.

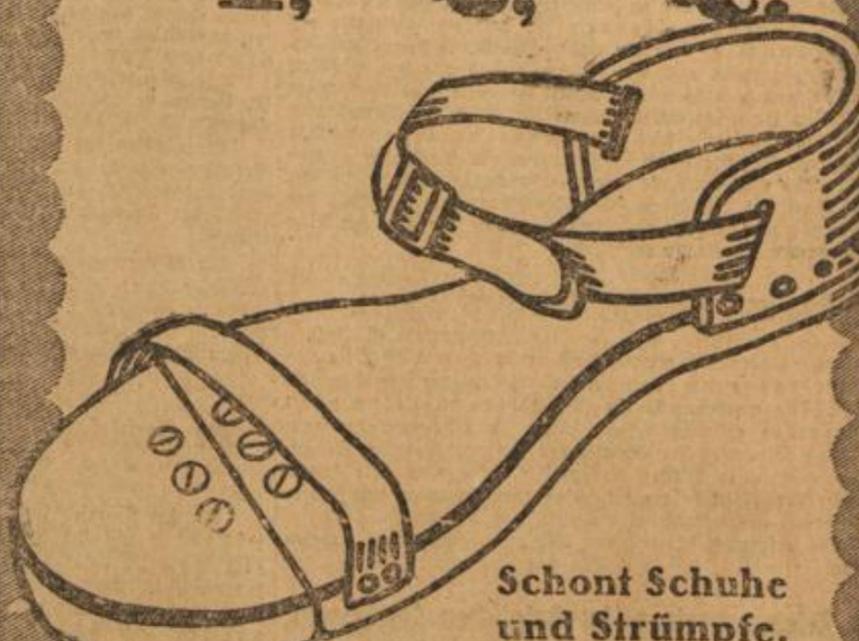
Achtung!
Die Spedition von Trentow ist verlegt von Plessner Str. 6 nach Plessner Str. 1, Linden.

Dr. Rosenthal, 708
Die Spedition befindet sich jetzt N. Oderstr. 3. Gleichzeitig empfielt ich meine Buch- u. Papierhandlung Die Spedition Fr. E. Betz.

Großen Erfolg
haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit“.

Billige Sandalen

Größe: 27/30 **1,95** Größe: 31/35 **2,50** Größe: 36/46 **2,95**



Schont Schuhe und Strümpfe, tragt Sandalen!

Leiser